

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Erscheinung
wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

50. Jahrgang.

Nr. 72.

Sonnabend, den 20. Juni

1903.

Die Anmeldung für den nächsten Aufnahmetermin in die Soldatennahen-Erziehungsanstalt in Kleinstruppen zu Ostern 1904 kann bereits von jetzt ab bis Ende Dezember 1903 bei den Bezirkskommandos erfolgen.

Zur Aufnahme berechtigt sind die Söhne gut gebildeter Unteroffiziere und Soldaten der Königlich Sächsischen Armee, welche zu Ostern 1904 konfirmiert werden. Stotterer, Bettmäßer, Bruchleidende und mit stärkerem Fußschweiß Befallene, sowie Knaben, welche voraussichtlich späterhin zum Militärdienst ungeeignet sind, werden nicht aufgenommen.

Die Jünglinge der Anstalt in Kleinstruppen werden in der Regel nach einem Jahre in die Unteroffizierschule in Marienberg überführt, aus letzterer nach 2 Jahren in die dortige Unteroffizierschule versetzt und aus dieser nach weiteren 2 Jahren in die Armee eingestellt.

Die Erziehung und Ausbildung in allen drei Anstalten ist völlig kostenfrei. Die vollständigen Aufnahme-Bedingungen können bei jedem Bezirkskommando entnommen werden.

Dresden, den 15. Juni 1903.

Kriegsministerium, Allgemeine Armees-Abteilung.
Fehr. v. Wagner.

Herr Kaufmann Ernst Hermann Arnold in Carlsfeld
beabsichtigt, in dem unter Nummer 25 des Brand-Katasters, Nummer 78a des Flurbuchs für Carlsfeld gelegenen Grundstück eine

Schlächterei für Groß- und Kleinvieh

zu errichten. Etwasige Einwendungen hiergegen sind, so weit sie nicht auf besonderen Privatrechts-Titeln beruhen, bei deren Verlußt binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, allhier anzubringen.

Schwarzenberg, am 13. Juni 1903.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.
Demmering.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhmachermeisters und Schuh-

warenhändlers **Friedrich Hermann Rass** in **Schönheide** wird zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf den

14. Juli 1903, vormittags 10 Uhr
vor dem hiesigen königlichen Amtsgerichte bestimmt.

Eibenstock, den 17. Juni 1903.

Königliches Amtsgericht.

2. Anlagen-Termin betr.

Der am 15. Mai ds. J. fällig gewesene 2. Anlagen-Termin ist nunmehr innerhalb 8 Tagen bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung anher zu bezahlen.

Eibenstock, am 19. Juni 1903.

Der Rat der Stadt.
Hesse.

Gras-Versteigerung.

Die diesjährige Grasnutzung von nachgenannten Wiesen des **Schönheider Staats-**

Forstreviers und zwar:
der **Herren-Ebene** und von **Günther's Raum**, sowie der Wiesen am **Tannen-** und am **Silberbache** soll

Donnerstag, den 25. Juni 1903

gegen sofortige Bezahlung und unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen an Ort und Stelle versteigert werden.

Zusammenkunft: früh 8 Uhr am Forsthaus an der Mulde,

vormittags 10 Uhr am Wiesenhaus an der Mulde und

mittags 1 Uhr unterhalb Friedrich's Werk an der Eisenbahnbrücke.

Schönheide und Eibenstock, am 18. Juni 1903.

Rgl. Forstrevierverwaltung.
Soffmann.

Rgl. Forstrentamt.
Gerlach.

Politischer Wochenbericht.

Die am Dienstage vorgenommenen Wahlen zum Reichstage haben die unerfreuliche Tatsache ergeben, daß die Sozialdemokratie im ganzen Deutschen Reiche gewaltig gewachsen ist. Die Umsturzpartei hat infolge ihrer maßlos gehässigen Wählerlei im ersten Ansturm eine Reihe neuer Mandate erobert und hat Aussicht, bei den vielen Stichwahlen weitere Siege an ihre Fahnen zu fetten. Was die Sozialdemokraten gewonnen haben, das hat der Freisinn verloren. Die Freisinnige Volkspartei und die Freisinnige Vereinigung sind völlig zusammengebrochen; nicht ein einziges Mandat ist ihnen im ersten Wahlgange zugefallen. Wenn sie bei den Stichwahlen noch den einen oder andern Kandidaten durchbringen, so würden sie das lediglich den Konservativen und den Nationalliberalen verdanken. Wie die Freisinnigen, so hat auch der Bund der Landwirte schlecht abgeschnitten, während die Konservativen und das Centrum voraussichtlich in ihrer alten Stärke wieder in den Reichstag einziehen werden. Entscheidend für die Zusammenfassung des Reichstages sind die Stichwahlen. Möchten hier doch die staatserkaltenden Parteien vor allem nicht vergessen, daß die revolutionäre Sozialdemokratie ihr gemeinsamer Gegner ist, dem gegenüber die kleineren Parteien-Unterschiede in den Hintergründen treten müssen!

Nächst den Reichstagswahlen haben die Begebenheiten in Serbien das allgemeine Interesse in Anspruch genommen. Die einstimmig erfolgte Wahl des Fürsten Peter Karageorgiewitsch zeigt, daß es den heute in Serbien herrschenden Persönlichkeiten gelungen ist, jeden Widerspruch niederzuhalten, und es ist begreiflich, daß dort niemand nach den letzten Geschehnissen die Neigung empfindet, sich den Unwillen des Meeres zuzuziehen. Immerhin kommen Nachrichten aus Serbien, daß doch viele gebildete Kreise wegen der rohen Grausamkeit entsetzt sind, mit der der König und die Königin abgeschlachtet wurden. Es werden darüber gräßliche Einzelheiten berichtet, die sich allerdings auf ihre Richtigkeit hin schwer prüfen lassen. Wie dem aber auch sei, Fürst Peter wird sich sicher nicht immer in der Sonne einer ungeteilten Volksgunst wärmen, und die Aufgabe, die ihm erwächst, ist außerordentlich schwer. Es kann als sicher gelten, daß sowohl Rußland wie Oesterreich den neuen König anerkennen werden; die andern Mächte werden diesem Beispiele folgen. Was uns betrifft, so gilt auch noch heute von Serbien das Wort des Grafen Bülow: „Den verschiedenen Balkanvölkern stehen wir freundlich und unparteiisch gegenüber.“ Aber der Reichskanzler fügte hinzu: „Wir wünschen, daß Ordnung im Orient herrsche, schon weil das Gegenteil seine Rückwirkung auf den Occident nicht verfehlen würde.“

Auch von Serbien abgesehen, hat die Lage auf der Balkanhalbinsel noch immer viele dunkle Punkte. Die makedonische Gefahr ist trotz der Beschwörung des albanesischen Aufstandes und trotz der Unterdrückung des makedonischen Komitees in Bulgarien noch immer nicht vollständig beseitigt. Desgleichen sind die Beziehungen der Pforte zu Bulgarien noch nicht so gebessert, daß jede Spannung überwunden wäre! Endlich hörte man in der letzten Zeit wieder von zahlreichen Zusammenstößen zwischen Türken und makedonisch-bulgarischen Banden. Was in

dieser Lage allein beruhigen kann und was der springende Punkt bleibt, ist die Tatsache, daß Rußland nach wie vor keine kriegerischen Verwicklungen auf dem Balkan dulden will, und daß es in diesem friedensfreundlichen Streben auf das eifrigste von Oesterreich-Ungarn unterstützt wird.

Eine Umwälzung friedlicher Art hat sich in Italien vollzogen. Das demokratische Ministerium Zanardelli ist einem Ansturm von links gewichen, nachdem es in der Kammer noch ein kleines Vertrauensvotum errungen hat. Niedrige persönliche Angriffe gegen die Ehre des Chefs der Marine-Verwaltung, die von den Sozialdemokraten ausgingen, sind die Ursache der Ministerkrise. Wahrscheinlich wird jedoch das Kabinett Zanardelli bald ganz oder mit kleinen Änderungen wieder erscheinen. Das Gegenstück hierzu ist die Ministerkrise in Ungarn, die durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Szell hervorgerufen wurde. Wie diese enden wird, darüber werden die nächsten Tage Aufschluß geben.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Woher kommt das abermalige starke Anwachsen der Sozialdemokratie? Die Parteipresse gibt dafür die aller verschiedensten Erklärungen. Ein liberales Blatt macht dafür den neuen Zolltarif verantwortlich, ein anderes jammert über den Abg. Richter wegen seiner scharfen Bekämpfung der sozialdemokratischen Obstruktion, ein konservatives Blatt zieht gar das Verhalten der Regierung im Burenkrieg und die „überprübelnde“ Freundschaft mit England heran, die gar nicht vorhanden ist. So zeigt die Parteipresse das Ergebnis in allen möglichen Farben. Vielleicht liefert gerade diese Beobachtung die allerbeste Erklärung: die bürgerlichen Parteien sind in ihrer großen Zersplitterung nicht über die Sozialdemokratie, geschweige denn gegen sie, einig. So nützlich nun auch das Nachdenken über die Ursachen des Wachstums der Sozialdemokratie sein mag, so sind doch jetzt rückwärts gerichtete Betrachtungen nicht am Platze. Vielmehr heißt es die Gefahr fest ins Auge fassen, damit die Sozialdemokratie in den Stichwahlen nicht neue Erfolge erringt. Noch hat die Partei keinen Mandatzuwachs erhalten, diesen erhofft sie erst aus den mehr als 100 Stichwahlen, an denen sie beteiligt ist. Die Stimmverhältnisse sind in allen diesen Wahlkreisen mit wenigen, etwa 10 Ausnahmen, so, daß leicht die Gegner der Sozialdemokratie gewählt werden können, wenn die bürgerlichen Parteien zusammenhalten und die säumigen Wähler ihre Pflicht erfüllen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ist mit der Mahnung vorangegangen, überall, wo sozialdemokratische Kandidaten in Frage kommen, geschlossen gegen sie zu stimmen, und die „Kreuzzeitung“ befürwortet ein Kartell der Ordnungsparteien mit Einschluß der Freisinnigen Volkspartei, durch das den von manchen Seiten an die jetzigen Wahlen geknüpften Befürchtungen der Boden entzogen würde. Wer nicht auf diese Stimmen hören will, den möge der wahnsinnige Freudentaumel des „Vorwärts“, der von einer Weltwende der deutschen Politik spricht und prahlerisch ausruft: „Unser das Reich — unser die Welt!“, aus seinem Schlafe rütteln. Wenn es, wie wir hoffen, gelingt, angesichts der gemeinsamen Gefahr alle nationalen

Wähler zu einigen und alle lokalen Sonderwünsche und kleinlichen Partei-Interessen bei den Stichwahlen zurücktreten zu lassen, so wird sich die Partei Singer-Bebel als ein Teil jener Kraft bewähren, die das Böse will und das Gute schafft, und nicht viel stärker in den Reichstag zurückkehren, als sie ihn verlassen hat.

— Berlin, 18. Juni. Rummehr liegen sämtliche 397 Wahlergebnisse vor. Es sind 184 Stichwahlen erforderlich. Gewählt sind 31 Konservative, 88 Centrum, 14 Polen, 6 Reichspartei, 55 Sozialdemokraten, 4 Wilde, 6 Glässer, 5 Nationalliberale, 1 Däne, 1 Reformpartei, 3 Bauernbund. An den Stichwahlen beteiligt sind 37 Konservative, 122 Sozialdemokraten, 24 Freisinnige Volkspartei, 65 Nationalliberale, 11 Freisinnige Vereinigung, 4 Glässer, 8 Polen, 16 Reichspartei, 1 Bund der Landwirte, 5 Antisemiten, 35 Centrum, 10 Wilde, 6 Bauernbund, 8 Deutsche Volkspartei, 8 Welfen, 8 Reformpartei.

— Sibyllenort, 18. Juni. In Anwesenheit des Königs Georg von Sachsen, der Königin-Witwe Carola, der Herzogin von Genua und der Prinzessin Mathilde von Sachsen fand heute im Sibyllenorter Park die feierliche Enthüllung des Gedenkcreuzes statt, welches die Königin-Witwe Carola für König Albert errichten ließ. Kardinal Fürstbischof Köpp segnete das Kreuz ein und hielt eine Gedenkrede auf König Albert.

— Oesterreich-Ungarn. Die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet, die Regierung werde im Herbst dem Parlamente ein neues Wehrgesetz vorlegen, das im Entwurf bereits fertig sei. Das Gesetz sehe zweijährige Dienstzeit vor, mit sechs- bis achtjährigem Uebergang je nach den Truppengattungen.

— Rußland. Petersburg, 18. Juni. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht ein Kommuniqué, wonach König Peter anerkannt und ihm die Bestrafung der Mörder des Königs und der Königin zur Pflicht gemacht wird.

— Serbien. Belgrad, 18. Juni. Das Gefühl der Unsicherheit, das sich unmittelbar nach den Ereignissen vom 11. d. M. hinsichtlich der kommenden Dinge bemerkbar machte, das schon durch die Einmütigkeit der Regierung und der Volkvertretung bei der Königswahl bedeutend abgenommen hatte, schwindet merklich infolge der herrlichen Beglückwünschung des Königs durch mehrere Staatsoberhäupter. Auch die Bevölkerung wendet den Vorgängen reges Interesse zu, da die Ansicht vorherrscht, daß die gefährliche Krise in einer Weise gelöst wurde, welche tatsächlich zu der Hoffnung berechtigt, daß eine glückliche Zukunft für das serbische Reich dadurch angebahnt werde.

— England. London, 18. Juni. In der Lyddit-Abteilung des Woolwicher Arsenal fand heute morgen eine furchtbare Explosion statt. Die Lydditmenge, welche explodiert ist, betrug 206 Pfund. Es wurden 9 Gebäude zerstört. Nach Mitteilungen des Kriegsministeriums sind 15 Personen ums Leben gekommen, 17 erlitten Verletzungen und 5 werden noch vermisst. Nach weiteren Mitteilungen sind 4 Verletzte ihren Wunden erlegen. — Die Explosion erfolgte in demjenigen Gebäude auf der Woolwicher Arsenal-Insel, in dem alle Lyddit- und Korbitgranaten fabriziert werden und das von den anderen Arsenalgebäuden völlig isoliert ist. Es war die schwerste je in Woolwich erlebte Explosion. Der Donner wurde über ganz